

Landesversammlung  
Evangelischer Arbeitskreis  
am 21. Mai 2022



# ***Beschlussbuch***

Redaktion:  
Evangelischer Arbeitskreis der CSU

Mies-van-der-Rohe-Str. 1, 80807 München,  
Telefon 089/1243-312, Telefax 089/1243-4312  
[eak@csu-bayern.de](mailto:eak@csu-bayern.de)

# INHALT

Antrag Nr. 1	Erhalt der Schaustellerseelsorge <b>Antragssteller:</b> EAK-Landesvorstand Petra Guttenberger, MdL	Seite 3
Antrag Nr. 2	Einführung Nordisches Modell <b>Antragssteller:</b> EAK-Bezirksverband München	Seite 4
Antrag Nr. 3	Einsatz von Lärm-Blitzern in Deutschland <b>Antragssteller:</b> Barbara Becker, MdL, Dr. Dorothea Deneke-Stoll, Dr. Jonathan C. Kühn, Prof. Dr. Alfred Seiferlein, Dr. Philipp W. Hildmann	Seite 6
Antrag Nr. 4	Politische Bildung durch persönliches Erleben stärken <b>Antragssteller:</b> Barbara Becker, MdL, Dr. Dorothea Deneke-Stoll, Dr. Jonathan C. Kühn, Prof. Dr. Alfred Seiferlein, Dr. Philipp W. Hildmann	Seite 8
Antrag Nr. 5	Beibehaltung des Sonntagschutzes/Verzicht auf weitere gesetzliche Ausnahmeregelungen <b>Antragssteller:</b> EAK-Bezirksverband Mittelfranken Hans-Jürgen Hopf, Volker Bauer, MdL; Norbert Potratz; Hanna Weinmann; Prof. Dr. Johannes Rehm; Petra Hopf; Prof. Dr. Alfred Seiferlein; Jutta Sehring, Prof. Dr. Johannes Haeffner; Dieter Springmann; Günter Straßner	Seite 10
Antrag Nr. 6	Jegliche Lockerung des Abtreibungsgesetzes verhindern <b>Antragssteller:</b> EAK-Bezirksverband Schwaben	Seite 12
Antrag Nr. 7	Geschlechtsänderung unter 18 Jahren verbieten, ebenso den Eintrag ins standesamtliche Register <b>Antragssteller:</b> EAK-Bezirksverband Schwaben	Seite 14

<p style="text-align: center;"><b>Landesversammlung des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CSU</b></p>	<p style="text-align: center;"><b>21. Mai 2022</b></p>
<p style="text-align: center;"><b>Antrag-Nr. 01 Erhalt der Schaustellerseelsorge</b></p>	<p><b><u>Beschluss:</u></b>  <input checked="" type="checkbox"/> Zustimmung  <input type="checkbox"/> Ablehnung  <input type="checkbox"/> Überweisung  <input type="checkbox"/> Änderung</p>
<p style="text-align: center;"><b>Antragsteller:</b>  EAK-Landesverband  Petra Guttenberger, MdL</p>	

0 **Die Landesversammlung des Evangelischen Arbeitskreises der CSU möge beschließen:**

1 **Der EAK Bayern appelliert an die Bayerische Landeskirche, sie möge sich dafür**  
2 **einsetzen, dass auch in Zukunft die Schaustellerseelsorge effizient und flächendeckend**  
3 **bestehen bleibt.**

4 **Begründung:**

5 Nach Auskunft der Schaustellerinnen und Schausteller beabsichtigt die EKD, die Mittel für die  
6 Schaustellerseelsorge um 70% zu kürzen.

7 Dies kommt quasi einer Abschaffung bzw. einer Reduzierung auf das Minimalste gleich.

8 Gerade durch die vielfältigen Schaustellergottesdienste kann der seelsorgerische Auftrag bei  
9 diesen erfüllt werden, die gerade angesichts der Pandemie des Trostes und der Wegführung  
10 im Glauben bedürfen, um in diesen besonderen Zeiten angesichts der Ängste um die Existenz  
11 als Christen behütet durch die Zeit zu kommen.

12 Auch werden durch diese Gottesdienste Menschen, also Gäste der Veranstaltungen  
13 angesprochen, die den Weg in die herkömmlichen Gottesdienste der Kirche nicht mehr finden  
14 und sich von dieser eher abgestoßen, als angezogen fühlen.

15 Gerade diesen Weg zu Menschen gilt es auch für die Zukunft zu erhalten.

<p style="text-align: center;"><b>Landesversammlung des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CSU</b></p>	<p style="text-align: center;"><b>21. Mai 2022</b></p>
<p style="text-align: center;"><b>Antrag-Nr. 02 Einführung Nordisches Modell</b></p>	<p><b><u>Beschluss:</u></b>  <input checked="" type="checkbox"/> Zustimmung  <input type="checkbox"/> Ablehnung  <input type="checkbox"/> Überweisung  <input type="checkbox"/> Änderung</p>
<p style="text-align: center;"><b>Antragsteller: EAK-Bezirksverband München</b></p>	

16 **Die Landesversammlung des Evangelischen Arbeitskreises der CSU möge beschließen:**

17 **Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und die CSU-Fraktion im Bayerischen**  
18 **Landtag sollen sich mit ganzer Kraft dafür einsetzen, dass der Kauf sog. sexueller**  
19 **Dienstleistungen sowie die Förderung der Prostitution (Zuhälterei) strafbar gemacht**  
20 **wird, während das Anbieten sog. sexueller Dienstleistungen straffrei bleibt. Gleichzeitig**  
21 **müssen umfassende Ausstiegshilfen für Personen in der Prostitution geschaffen**  
22 **werden.**

23 **Begründung:**

24 Diese zunächst widersprüchlich anmutende Forderung liegt im Naturell der Prostitution  
25 begründet: Während die Nutzer sog. sexueller Dienstleistungen beinahe ausschließlich  
26 Männer sind, bieten hauptsächlich Frauen diese an. Die Zahlen der Anmeldungen von  
27 Prostituierten des Statistischen Bundesamtes von 2019 zeigen, dass 81% der angemeldeten  
28 Prostituierten nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Sie stammen hauptsächlich  
29 aus Rumänien, Bulgarien und Ungarn, also aus den Armenhäusern Europas. Eine Studie des  
30 Bundesministeriums für Familie, Senioren Frauen und Jugend aus dem Jahr 2004 hat  
31 herausgefunden, dass Frauen in der Prostitution regelmäßig von körperlicher und psychischer  
32 Gewalt betroffen sind, sozial isoliert sind, sich an ihrem Arbeitsplatz nicht sicher fühlen und  
33 weitaus häufiger von körperlichen und seelischen Krankheiten betroffen sowie häufiger  
34 alkohol- oder drogenabhängig sind als Frauen, die nicht in der Prostitution sind.  
35 Fachberatungsstellen in Berlin berichten, dass der Preis für Sex auf der Kurfürstenstraße bei  
36 20 Euro liegt. In Freier-Online-Foren sind menschenverachtende und gewaltverherrlichende  
37 Berichte und Bewertungen von Prostitutionsbesuchen zu lesen.

38 All diese Fakten zeigen, dass es sich bei der Prostitution nicht „um einen Beruf wie jeden  
39 anderen“ handelt, wie es das Prostitutionsgesetz, eingeführt von SPD und Grünen im Jahr  
40 2002, suggeriert, sondern um schweren Missbrauch und die Ausbeutung von vulnerablen  
41 Personen. Prostitution ist eine schwere Verletzung der Menschenwürde und der  
42 Menschenrechte und mit der Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie mit christlichen  
43 Werten nicht vereinbar. Daran konnte auch das Prostituiertenschutzgesetz, eingeführt im Jahr  
44 2017, nichts ändern, welches versucht mit Registrierungen von Prostituierten und  
45 Prostitutionsstätten sowie einer (nicht kontrollierbaren) Kondompflicht für Freier der Lage Herr  
46 zu werden. Prostitution kann nicht reguliert werden, sie findet in einem hochkriminellen Milieu  
47 statt und auch der Freier nutzt durch das in Anspruch nehmen sog. sexueller Dienstleistungen  
48 die Vulnerabilität anderer Menschen aus. Freier sind die am häufigsten genannten Täter von  
49 Gewalttaten an prostituierten Frauen in der Studie des Bundesministeriums für Familie,

50 Senioren Frauen und Jugend von 2004. Daher muss der Prostitution mit Werkzeugen zur  
51 Verringerung der Nachfrage und zur aktiven Unterstützung der unter ihr leidenden Personen  
52 begegnet werden.

53 Die Corona-Pandemie hat noch einmal in erschreckender Weise dargelegt in welcher prekärer  
54 Situation sich Prostituierte in Deutschland befinden. Fachberatungsstellen berichten von  
55 Prostituierten, die obdachlos wurden, weil sie vor Ausbruch der Pandemie im Bordell gelebt  
56 haben (was seit Einführung des Prostituiertenschutzgesetzes verboten ist) und sich weder  
57 Essen noch Hygieneartikel leisten konnten. Der Großteil der Prostituierten hatte keinen  
58 Anspruch auf Sozialhilfe, weil sie nicht als Prostituierte angemeldet waren oder sich sogar  
59 illegal in Deutschland aufgehalten haben. Viele Gemeinden haben Bußgelder an Prostituierte  
60 verhängt, die gezwungen waren, trotz pandemiebedingtem Verbot weiter der Prostitution  
61 nachzugehen, da sie keine andere Einnahmequelle hatten. Die Freier blieben von diesen  
62 Bußgeldern meistens ausgeschlossen.

63 Das Europäische Parlament empfiehlt bereits seit dem Jahr 2014 allen Mitgliedsstaaten die  
64 Einführung des „Nordischen Modells“, also der Freierbestrafung, verbunden mit  
65 flächendeckenden Ausstiegshilfen für Prostituierte. Deutschland wird von anderen  
66 Europäischen Ländern als das Bordell Europas bezeichnet und ist Zielland für Sextouristen  
67 aus aller Welt. Im Juni 2021 hat die Partei „Bündnis 90/Die Grünen“ beschlossen das  
68 Nordische Modell nicht in ihr Wahlprogramm aufzunehmen. Die Partei hält weiter am Mythos  
69 der Prostitution als Beruf fest. Mit einer Entscheidung für das Nordische Modell kann sich die  
70 CSU klar als eine Gegenstimme zu den Grünen positionieren und für die Menschenwürde, für  
71 Menschenrechte, für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern und für die christlichen  
72 Werte unseres Landes einstehen.

<p align="center"><b>Landesversammlung des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CSU</b></p>	<p align="center"><b>21. Mai 2022</b></p>
<p align="center"><b>Antrag-Nr. 03 Einsatz von Lärm-Blitzer in Deutschland</b></p>	<p><b><u>Beschluss:</u></b>  <input checked="" type="checkbox"/> Zustimmung  <input type="checkbox"/> Ablehnung  <input type="checkbox"/> Überweisung  <input type="checkbox"/> Änderung</p>
<p align="center"><b>Antragsteller:</b>  Barbara Becker, MdL, Dr. Dorothea Deneke-Stoll,  Dr. Jonathan C. Kühn, Prof. Dr. Alfred Seiferlein,  Dr. Philipp W. Hildmann</p>	

73 **Die Landesversammlung des Evangelischen Arbeitskreises der CSU möge beschließen:**

74 **Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und die CSU-Fraktion im Bayerischen**  
75 **Landtag sollen sich mit ganzer Kraft dafür einsetzen, dass in Deutschland die rechtliche**  
76 **sowie technische Grundlage geschaffen wird, um Lärm-Blitzer im gesamten deutschen**  
77 **Bundesgebiet einsetzen zu dürfen.**

78 **Begründung:**

79 Lärmblitzer funktionieren ähnlich wie Geschwindigkeitsblitzer. Allerdings wird nicht geblitzt,  
80 wer zu schnell fährt, sondern wer zu laut ist. In Frankreich und Großbritannien werden diese  
81 Lärmblitzer bereits im Testbetrieb eingesetzt, Hannover prüft die Idee.

82 Gerade in den Sommermonaten ist ein verstärkter Verkehrslärm zu verzeichnen.  
83 Insbesondere die Anwohner an den von Motorrädern und getunten PS-Boliden besonders  
84 frequentierten Strecken wissen, was damit einhergeht: Wochenenden und Feierabendstunden,  
85 an denen der Motorenlärm teilweise so unerträglich ist, dass viele Anwohner trotz  
86 sommerlicher Temperaturen geöffnete Fenster oder einen Aufenthalt im Freien vermeiden. Die  
87 erhöhte Lärmbelastung hat auch Auswirkungen auf die Gesundheit der Anwohner/innen. Es ist  
88 mittlerweile erwiesen, dass Verkehrslärm Stress erzeugt und krankmachen kann. Die  
89 Lebensqualität in den betroffenen Gebieten könnte sich dadurch erheblich erhöhen. Denn  
90 obwohl das Problem schon seit Längerem bekannt sei - vor allem in den innenstadtnahen  
91 Bereichen - sei es der Polizei bisher kaum möglich, derartige Verstöße zu ahnden. Denn die  
92 Kontrollen könnten immer nur punktuell durchgeführt werden.

93 Der Einsatz von Lärmblitzern wäre auch für die Mehrheit an rücksichtsvoll fahrenden  
94 Motorrad- und Autofahrern von Vorteil. Denn anstatt pauschal greifender Fahrverbote würden  
95 nur diejenigen Fahrer sanktioniert, die sich nicht an die Spielregeln halten und den vielen  
96 anderen Menschen das Leben schwermachen. Alle anderen können ihrem Hobby unbehelligt  
97 weiter nachgehen.

98 Bayern würde bundesweit als Vorreiter im Kampf gegen vermeidbaren Verkehrslärm ein  
99 zukunftsweisendes und vor allem wirksames Zeichen setzen.

100

<p align="center"><b>Landesversammlung des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CSU</b></p>	<p align="center"><b>21. Mai 2022</b></p>
<p align="center"><b>Antrag-Nr. 04 Politische Bildung durch persönliches Erleben stärken</b></p>	<p><b>Beschluss:</b>  <input type="checkbox"/> Zustimmung  <input checked="" type="checkbox"/> Ablehnung  <input type="checkbox"/> Überweisung  <input type="checkbox"/> Änderung</p>
<p align="center"><b>Antragsteller:</b>  Barbara Becker, MdL, Dr. Dorothea Deneke-Stoll,  Dr. Jonathan C. Kühn, Prof. Dr. Alfred Seiferlein,  Dr. Philipp W. Hildmann</p>	

101 **Die Landesversammlung des Evangelischen Arbeitskreises der CSU möge beschließen:**

102 **Die CSU wird aufgefordert, sich auf Bundes- und Länderebene dafür einzusetzen, dass**  
103 **Bundes- und Landesregierungen die politische Bildung im schulischen Kontext**  
104 **dadurch stärken,**

105 **- dass grundsätzlich auch jenseits des je nach Bundesland und Schulart in**  
106 **verschiedenen Klassenstufen unterschiedlich gestalteten Sozialkundeunterrichts, die**  
107 **Auseinandersetzung mit politischen Verantwortlichkeiten und Entscheidungsprozessen**  
108 **gestärkt wird**

109 **- denkbar wären hier in die Lehrpläne z.B. der Klassenstufen 4, 7 und 9 zu integrierende**  
110 **Gespräche mit Mandatsträgern verschiedener Ebenen (z.B. kommunale Ebene, Land,**  
111 **Bund/Europa)**

112 **- Schulleiter dazu ermuntert werden, vermehrt Diskussionsveranstaltungen (im**  
113 **Unterrichtskontext oder als schulische Veranstaltung) unter Einladung verschiedener**  
114 **Vertreter der Jugendorganisationen der Parlamentsparteien (nicht der etablierten**  
115 **Berufspolitiker) zu organisieren, um den Schülerinnen und Schülern zu zeigen, dass**  
116 **man sich auch als junger Mensch einbringen kann und „die Politik“ bei einem selbst**  
117 **beginnt**

118 **- in Zusammenarbeit mit den Stiftungen der politischen Parteien flächendeckend**  
119 **Angebote des aktiven „Politik-Ausprobieren“ in Form von im schulischen Kontext**  
120 **organisierten politischen Planspielen und Zeitzeugengesprächen anzubieten**

121 **Begründung:**

122 Politische Bildungsarbeit ist heute, da Fehl- und Falschinformation, Lüge, Hetze und Vorurteil  
123 sich durch Digitalisierung und „soziale“ Medien bzw. Messenger Messenger-Dienste so leicht  
124 verbreiten (lassen) wie nie zuvor, in ihrer Bedeutung gar nicht hoch genug einzuschätzen, um  
125 unsere freiheitliche Demokratie inklusive Rechtsstaat, Wohlstand und Frieden zu erhalten.  
126 Was passiert, wenn sich Bevölkerung in Ermangelung politischer Bildung und zumindest  
127 einem grundsätzlichen Verständnis des „public servant“-Gedankens radikalisiert, kann  
128 abschreckend an den USA beobachtet werden.

129 Da es nicht umsonst heißt, Amerika ist uns in Europa im Guten wie im Schlechten um 10  
130 Jahre voraus ist, auch angesichts einer vom Verfassungsschutz beobachteten AfD,  
131 „Querdenkern“, die von der AfD unterstützt, den Reichstag stürmen wollen, und einem  
132 steigenden Maß an Menschen, die sich von einem „Regime verraten und unterdrückt“  
133 empfinden, auch bei uns fünf vor zwölf, was die Notwendigkeit einer Ausweitung der  
134 Anstrengungen in der Politischen Bildung anbelangt.

135 Politische Bildung ist kein „linkes Teufelszeug“ und meint nicht Konfliktlehre. Es geht gerade  
136 darum, dass auch vorbildlich engagierte junge Menschen, wie die Aktivisten von FFF,  
137 verstehen, dass die wenigsten Veränderungen „herbeigebrüllt“ werden können, sondern dass  
138 es Zuständigkeiten und Prozesse gibt, die zu kennen hilfreich ist, wenn man etwas verändern  
139 will. Und sei es nur, wer dafür verantwortlich ist, dass am örtlichen Marktplatz „für's Klima“ ggf.  
140 mehr Bäume gepflanzt werden. Auch geht es darum, Verständnis dafür zu wecken, dass  
141 Politik mehr ist, als Organisationsdiagramme und Wahlregeln beim Staatsaufbau. Politik meint  
142 die Fähigkeit zu Vision, sprachlich-gedanklicher Lenkung und Motivation zu pointiertem  
143 Werben, aber gleichermaßen auch zum Kompromiss bei einer Demokratie immanenten  
144 Interessensausgleich. Und all das braucht - zumal in seiner exekutiven Ausgestaltung und  
145 dem Zusammenspiel verschiedener Ebenen - vom EU-Parlament bis zum Gemeinderat -  
146 mitunter Zeit.

147 Da dies leichter persönlich - sei es im Gespräch mit gewählten Mandatsträgern verschiedener  
148 Ebenen, sei es in der Diskussion mit und unter jüngeren ehrenamtlich Aktiven oder sei es im  
149 Erleben im Rahmen eines Planspiels - erfahren, als aus Büchern und Schaubildern gelernt  
150 werden kann, wird die überparteiliche (was die Ausgewogenheit der Präsenz, nicht die  
151 Abwesenheit von Parteien meint!) Öffnung der Schulen angeregt, um mehr Kontakt mit  
152 Mandatsträgern, jüngeren Ehrenamtlichen und Politischen Stiftungen zu ermöglichen. Dies soll  
153 in keiner Weise die wichtige und großartige Arbeit der Träger der außerschulischen Jugend-  
154 und politischen Bildungsarbeit etwa von ELJ und KLJB, über den Jugendring bis hin zu  
155 Naturschutzverbänden schmälern. Der Ansatz „Schule“ wird jedoch gewählt, da deren Auftrag  
156 auch darin liegt, mündige BürgerInnen, also auch StaatsbürgerInnen, ins Leben zu entlassen  
157 und eine überparteiliche, grundsätzliche Befassung möglichst vieler junger Menschen zu  
158 erreichen, die die genannten Verbände trotz lobenswertester Anstrengungen nicht erreichen  
159 (können).



<p align="center"><b>Landesversammlung des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CSU</b></p>	<p align="center"><b>21. Mai 2022</b></p>
<p align="center"><b>Antrag-Nr. 05 Beibehaltung des Sonntagsschutzes Verzicht auf weitere gesetzliche Ausnahmeregelungen</b></p>	<p><b>Beschluss:</b>  <input checked="" type="checkbox"/> Zustimmung  <input type="checkbox"/> Ablehnung  <input type="checkbox"/> Überweisung  <input type="checkbox"/> Änderung</p>
<p align="center"><b>Antragsteller:</b>  EAK-Bezirksverband Mittelfranken  Hans-Jürgen Hopf, Volker Bauer, MdL; Norbert Potratz;  Hanna Weinmann; Prof. Dr. Johannes Rehm; Petra Hopf;  Prof. Dr. Alfred Seiferlein; Jutta Sehring, Prof. Dr. Johannes Haeffner;  Dieter Springmann; Günter Straßner</p>	

160 **Die Landesversammlung des Evangelischen Arbeitskreises der CSU möge beschließen:**

161 **Der CSU-Parteitag, die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, die CDU/CSU-**  
162 **Fraktion im Deutschen Bundestag und die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag**  
163 **mögen sich mit dem Nachdruck dafür einsetzen, dass keine weiteren gesetzlichen und**  
164 **regionalen Ausnahmeregelungen bezüglich des Sonntagsschutzes beschlossen**  
165 **werden.**

166 **Begründung:**

167 Der freie Sonntag gehört in Deutschland zu unserer christlich-abendländischen Tradition und  
168 deren sozialpolitischen sowie soziokulturellen Errungenschaften.

169 Die Mütter und Väter unseres Grundgesetzes haben in Artikel 139 GG bestimmt, dass er  
170 Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen  
171 Erhebung gesetzlich geschützt bleiben.

172 Als Evangelischer Arbeitskreis ist es uns ein vordringliches Anliegen, dieses hohe Kulturgut zu  
173 erhalten.

174 Wir treten dafür ein, dass der Sonntag kein Einkaufstag mit Happening-Charakter wird, obwohl  
175 dies vielen Menschen zunächst verlockend erscheinen mag. Die bestehenden regionalen und  
176 lokalen Ausnahmegenehmigungen haben das Maß der Zumutbarkeit überschritten.

177 Die beiden großen Kirchen brachten 1999 in der Frage des Sonntagsschutzes eine  
178 weitreichende ökumenische Übereinstimmung zur Sprache. So heißt es in der Aus der  
179 „Gemeinsamen Erklärung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der kath.  
180 Deutschen Bischofskonferenz“:

181 *„Durch die ausgiebige Inanspruchnahme von Ausnahmegenehmigungen ist in den Bereichen*  
182 *von Handel und Dienstleistungen die Sonntagsarbeit innerhalb von nur sieben Jahren um die*  
183 *Hälfte angestiegen. Forderungen nach weiteren Ausnahmen verbunden mit*  
184 *Gesetzesübertretungen lassen einen ‚Flächenbrand‘ befürchten, der zu Lasten der Menschen*

185 und der Gesellschaft geht. Die Auswirkungen auf die betroffenen Arbeitnehmerinnen und  
186 Arbeitnehmer sowie ihre Familien werden dabei in unvermeidbare Weise verharmlost. Die Arbeit  
187 anderer wird zur Verschönerung des eigenen Sonntags bereitwillig in Anspruch genommen,  
188 ohne dass die Nutznießer sich eingestehen, welcher soziale Preis dafür zu zahlen ist.  
189 Sonntagsarbeit zählt zu den unbeliebtesten Arbeitsformen. (Ziffer 8)

190 Menschen brauchen den Sonntag. Der Wechsel von Arbeit und Ruhe gehört zum Leben und  
191 Dasein des Menschen. Der Sonntag unterbricht den Kreislauf von Arbeit und Konsum. Auch  
192 der Umgang mit der Freizeit soll nicht nur von Markt und Geschäft bestimmt sein. Der  
193 Grundsatz ‚Zeit ist Geld‘ soll nicht alle Tage beherrschen. Menschen müssen Zeit haben für  
194 das, was sich ökonomisch nicht rechnet. Dafür steht der Sonntag. (Ziffer 10)

195 Der Sonntag gibt dem Zeitempfinden einen wiederkehrenden Rhythmus und gewährt einen  
196 regelmäßigen Freiraum. Er verhilft zu dem notwendigen Abstand von dem sich  
197 beschleunigenden Wandel, von dem Anpassungsdruck des Erwerbslebens wie des  
198 Freizeitverhaltens. In der Leistungsgesellschaft bietet er eine Zone der Freiheit vom  
199 Leistungsdruck. Zum verantwortlichen Umgang mit der Zeit gehört die regelmäßige  
200 Unterbrechung. ‚Zeitbrachen‘, also unbewirtschaftete Zeit, sind für die Wahrnehmung  
201 menschlicher Freiheit unentbehrlich. Wer seine Zeit bis zum Äußersten auskaufen will und den  
202 Rhythmus der Zeit missachtet, untergräbt die natürlichen Lebensbedingungen ebenso wie die  
203 Bedingungen der Freiheit. (Ziffer 11)

204 Der Sonntag ist für alle Menschen - gleich welcher religiösen oder weltanschaulichen  
205 Überzeugung - ein Angebot zur Besinnung und zum Innehalten. (Ziffer 21)“

206 Wettbewerbsvorteile von Händlern an verkaufsoffenen Sonntagen mindern sich, da auch  
207 andere Anbieter ihr Angebot an den Sonntagen erweitern. Arbeitnehmende, die sich aufgrund  
208 der Lohnzuschläge freiwillig für Sonntagsschichten melden, werden feststellen, dass sich  
209 diese Sonderzuschläge langfristig ebenfalls mindern, da die Arbeit am Sonntag immer üblicher  
210 wird und keine zu honorierende Besonderheit mehr darstellt.

211 Viele Kunden, die an jedem Tag in der Woche alle Einkaufsmöglichkeiten und  
212 Dienstleistungen in Anspruch nehmen, stellen fest, dass sie eventuell irgendwann selber  
213 sonntags dafür arbeiten müssen. Nicht ökonomische Vorteile, sondern lediglich ein siebter  
214 Werktag stünde am Ende dieser Spirale.

### 215 **Sonntagsschutz ist aktive Politik für die Familie**

216 Wenn der Sonntag für alle wegfällt, gibt es kaum mehr einen Tag für gemeinschaftliche  
217 Aktivitäten im Familienverbund.

218 Ohne den freien Sonntag leiden die Familien. Wenn die Eltern am Sonntag arbeiten, wird ihren  
219 Kindern die Chance genommen, den oft einzigen gemeinsamen Tag mit ihren Eltern zu  
220 verbringen. Ganz besonders gilt dies für alleinerziehende Elternteile.

### 221 **Der Sonntag ist für die Menschen da**

222 Der Sonntag ist der kollektive Tag für das Ausruhen, für das Entspannen und der synchrone  
223 Tag des Zur-Ruhe-Kommens.

224 Die Errungenschaft des arbeitsfreien Sonntags hat sich unsere Gesellschaft in einem langen  
225 Prozess erkämpft.

226 Das Leben der Menschen braucht beides: Zeiten der Arbeit und Zeiten der Ruhe. Der Sonntag  
227 befördert und ermöglicht einen gesunden Wechsel von Arbeit und Ruhe, weil er arbeitende  
228 Menschen in ihrem Tätigsein heilsam unterbricht, sie innehalten lässt in ihren  
229 Alltagsgeschäften und für einen lebensdienlichen Rhythmus des gesamten gesellschaftlichen  
230 Gemeinschaftslebens sorgt.

231 Bereits in den Schöpfungsgeschichten ist dieser Zusammenhang grundgelegt. Für uns  
232 Christen ist der Sonntag der Tag der Auferstehung Jesu Christi und somit der Tag des  
233 Gottesdienstes. Als geschenkter Ruhetag ist er von herausgehobener Bedeutung. Der  
234 Sonntagsschutz darf nicht durch weitere Ausnahmeregelungen aufgeweicht werden.

235 Der Sonntag bleibend wichtig für das Familienleben, für die Erholung und für Gottesdienste.  
236 Der Sonntag verdient unseren Schutz, weil er das Menschsein schützt!

<p align="center"><b>Landesversammlung des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CSU</b></p>	<p align="center"><b>21. Mai 2022</b></p>
<p align="center"><b>Antrag-Nr. 06 Jegliche Lockerung des Abtreibungsgesetzes verhindern</b></p>	<p><b>Beschluss:</b>  <input type="checkbox"/> Zustimmung  <input checked="" type="checkbox"/> Ablehnung  <input type="checkbox"/> Überweisung  <input type="checkbox"/> Änderung</p>
<p align="center"><b>Antragsteller: EAK-Bezirksverband Schwaben</b></p>	

237 **Die Landesversammlung des Evangelischen Arbeitskreises der CSU möge beschließen:**

238 Die Landesversammlung des EAK möge beschließen, nachfolgenden Antrag in den nächsten  
239 CSU-Parteitag einzubringen: Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und die CSU-  
240 Fraktion im Bayerischen Landtag sollen sich mit ganzer Kraft dafür einsetzen,

- 241 • ungeborenes Leben zu schützen.
- 242 • existierende Abtreibungsgesetze zu erhalten oder zu verschärfen.
- 243 • allen Versuchen Einhalt zu gebieten, die bestehenden Abtreibungsregeln - in welcher  
244 Form auch immer - aufzuweichen und zu lockern.
- 245 • Familienberatungsstellen vermehrt zu fördern und weitere Unterstützungsangebote für  
246 schwangere Frauen und für Mütter, insbesondere für Alleinerziehende, zu schaffen.
- 247 • Ärzte und Beratungsstellen vermehrt dafür zu sensibilisieren, schwangere Frauen  
248 dahingehend zu beraten, wie sie ihr Kind angstfrei gebären, versorgen und unterstützen  
249 können und ihnen Hilfs- und Unterstützungsangeboten zu empfehlen.
- 250 • finanzielle Mittel der Familienförderung noch stärker am Bedarf von Alleinerziehenden  
251 und Familien mit Kindern auszurichten.

252 **Begründung:**

253 Erst vor wenigen Jahren haben die Jusos für ein Abtreibungsrecht der Frau bis kurz vor der  
254 Geburt gekämpft. Eine solch unmenschliche Praxis käme einer gezielten Euthanasie  
255 unerwünschter Kinder gleich. Unter der Ampel ist eine Lockerung der Abtreibungsregeln, wenn  
256 nicht sogar eine völlige Freigabe von Abtreibungen zu befürchten. Eine linke Politik, die unter  
257 dem Vorwand, Frauen in ihrer freien Selbstbestimmung zu unterstützen, die Entscheidung  
258 über Abtreibungen dem alleinigen Willen der schwangeren Frauen überlässt, widerspricht dem  
259 Wesen einer zivilisierten Gesellschaft. Eine solche Politik ignoriert den Wert und die Würde  
260 des Menschen vom Beginn des Lebens an und ist in Wahrheit menschenverachtend und  
261 inhuman.

262 Es ist eine der wesentlichen christlichen Gebote, menschliches Leben, insbesondere die  
263 Schwächsten, also ungeborene Kinder, zu schützen. Ebenso sind schwangere Frauen  
264 besonders schutzbedürftig. Ungeborene Kinder sind eine Gabe Gottes mit eigener

265 Menschenwürde. Sie sind keine Ware und keine Verfügungsmasse für die Wünsche und  
266 Pläne Erwachsener.

267 Darüber hinaus kann und muss an die beteiligten Partner appelliert werden, dass sie ihre  
268 Beziehung(en) verantwortlich gestalten und im Falle einer Schwangerschaft für das  
269 ungeborene Leben verantwortlich sind bzw. sich des Kindes nicht einfach durch eine  
270 Abtreibung entledigen können. Die Freiheit des Einzelnen endet an der Freiheit des anderen,  
271 sprich Elternrechten auf Freiheit steht das Recht des Kindes auf Leben gegenüber und kann  
272 nicht einfach willkürlich negiert werden. Insofern stellt es aus christlich-ethischer Sicht eine  
273 besondere Schuld da, ungeborene Kinder ohne zwingende Gründe (Erhalt des Lebens der  
274 Frau) abzutreiben.

275 Darüber hinaus sichern Kinder den Fortbestand unserer Gesellschaft. Es ist unverständlich,  
276 dass so viele Kinder in Deutschland abgetrieben werden, während gleichzeitig Einwanderung  
277 gefördert wird, um einem demographischen Wandel und dem Mangel an Arbeitskräften zu  
278 begegnen. Kinder sind die von Gott geschenkte Zukunft eines Volkes und sollten als solche  
279 mit allen Mitteln geschützt werden. Die CDU/CSU sollte sich deshalb in der Regierung und im  
280 Parlament dafür einsetzen, alle Mittel auszuschöpfen, um ungeborenen Kindern das Leben  
281 und eine gesunde Entwicklung zu ermöglichen.

<p align="center"><b>Landesversammlung des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CSU</b></p>	<p align="center"><b>21. Mai 2022</b></p>
<p align="center"><b>Antrag-Nr. 07 Geschlechtsänderung unter 18 Jahren verbieten, ebenso den Eintrag ins standesamtliche Register</b></p>	<p><b>Beschluss:</b>  <input type="checkbox"/> Zustimmung  <input type="checkbox"/> Ablehnung  <input checked="" type="checkbox"/> Überweisung  <input type="checkbox"/> Änderung</p>
<p align="center"><b>Antragsteller: EAK-Bezirksverband Schwaben</b></p>	

282 **Die Landesversammlung des Evangelischen Arbeitskreises der CSU möge beschließen:**

283 Die Landesversammlung des EAK möge beschließen, nachfolgenden Antrag in den nächsten  
284 CSU-Parteitag einzubringen: Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und die CSU-  
285 Fraktion im Bayerischen Landtag sollen sich mit ganzer Kraft dafür einsetzen,

- 286 • dass Jugendliche unter 18 Jahren ihr Geschlecht standesamtlich nicht ändern können,  
287 erst recht nicht gegen den Willen ihrer Erziehungsberechtigten und ohne umfassende  
288 medizinische und psychologische Untersuchung.
- 289 • dass Jugendlichen unter 18 Jahren keine Hormone oder sonstige Medikamente  
290 verschrieben werden dürfen, die darauf ausgerichtet sind, ihre körperliche und  
291 psychische Entwicklung als Mann bzw. Frau zu unterdrücken, zu verlangsamen oder  
292 ganz zu verhindern.
- 293 • dass Jugendliche unter 18 Jahren sich keinen medizinischen Eingriffen unterziehen  
294 dürfen, die darauf ausgerichtet sind, ihr Geschlecht zu verändern.
- 295 • zu verhindern, dass Gender-Interessensgruppen sowie Lobbyisten der Pharma- und  
296 Medizinindustrie in Beratungsstellen und Einrichtungen des Gesundheitswesens junge  
297 Menschen in ihren Entscheidungen und ihrer Entwicklung beeinflussen.

298 Vielmehr sollen Kinder-, Jugend- und Hausärzte dafür sensibilisiert werden, die jungen  
299 Menschen im Falle von Unsicherheiten bezüglich des Geschlechts zu beraten.

300 **Begründung:**

301 Kinder und Jugendliche sollen, wenn es nach dem Willen der Ampel-Koalitionspartner plus  
302 Linke geht, zunehmend der elterlichen Fürsorge entzogen und einem staatlichen Zugriffsrecht  
303 unterworfen werden. Aktuelles und prominentes Beispiel ist der Plan von FDP und Grüne,  
304 Jugendlichen ab 14 Jahren das Recht zuzugestehen, gegen den Willen ihrer Eltern, ihr  
305 Geschlecht amtlich ändern zu lassen.

306 Die Genderpolitik, die sich oft so harmlos präsentiert als eine Politik, die nur Frauen und  
307 andere Diskriminierte schützen will, ist in Wahrheit eine hochgefährliche und letztlich  
308 menschenverachtende Politik.

309 Die Genderpolitik basiert auf völlig unwissenschaftlichen Prämissen und baut auf rein  
310 philosophischen Konstrukten auf. Laut dahinterstehender Philosophie gibt es kein natürliches  
311 biologisches Geschlecht (Sexus) und eine darin begründete und damit dem Menschen  
312 vorgegebene geschlechtliche Identität (Gender). Vielmehr sei jedes Geschlecht und die darauf  
313 aufbauende geschlechtliche Identität letztlich konstruiert. Dementsprechend kann jeder  
314 Mensch entsprechend seiner gefühlten Identität sein Geschlecht variieren und ändern.

315 Jugendliche, die pubertätsbedingt verunsichert sind, sollen - auch gegen den Willen ihrer  
316 Eltern - nicht nur ihr Geschlecht neu definieren und ohne ärztliche Prüfung amtlich ändern  
317 können. Die Lobbyarbeit der Verfechter einer radikalen Genderpolitik zielt darauf, dass  
318 Jugendliche Hormone einnehmen dürfen, die die natürliche körperliche und psychische  
319 Entwicklung irreversibel verhindern. Darüber hinaus verändern Hormone das psychische  
320 Befinden und treiben die Jugendlichen erst vollends dahin, sich dem anderen Geschlecht  
321 zugehörig zu fühlen und sich infolgedessen irreversiblen medizinischen Eingriffen zu  
322 unterwerfen. Selbst wenn medizinische Eingriffe erst mit der Volljährigkeit erfolgen (dürfen),  
323 werden Körper und Psyche des jungen Menschen bis dahin schon so verändert, dass eine  
324 Rückkehr zu einer natürlichen Entwicklung nicht mehr möglich ist.

325 Naturwissenschaftlich, biologisch und auch biblisch gesehen, gibt es nur zwei Geschlechter,  
326 das männliche und das weibliche. Menschen, die mit einer Abweichung zur Welt kommen,  
327 verdienen unseren Respekt, unsere Hilfe und unser Mitgefühl. Die geringe Zahl Betroffener  
328 rechtfertigt es aber nicht, dass sie die gesamte Gesellschaftspolitik und unsere gemeinsame  
329 Sprache dominieren.

330 Sprachlich gesehen ist das Gendern ein Rückschritt und grammatikalischer sowie  
331 kommunikativer Unsinn. Darüber hinaus warten im Hintergrund bereits Lobbygruppen aus  
332 Pharma- und Medizinindustrie nur darauf, mit Hormonen, Medikamenten und Operationen viel  
333 Geld zu verdienen. Transmenschen sind für ihr gesamtes Leben auf Hormone und häufig auch  
334 auf Psychopharmaka angewiesen.

335 Wissenschaftlich gesehen, ist die Pubertät eine wichtige Zeit auch für die Gehirnentwicklung;  
336 das Gehirn strukturiert und entwickelt sich im jungen Erwachsenenalter noch einmal  
337 wesentlich neu und weiter. Viele junge Menschen sind in dieser Zeit verunsichert, verletzlich  
338 und leicht manipulierbar. Der vorliegende Antrag zielt deshalb zuallererst darauf,  
339 Heranwachsende vor fremder Einflussnahme zu schützen und ebenso Familien und das  
340 Elternrecht vor fremden Zugriffsrechten zu schützen.